

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 26. November 1932

Nummer 95

„Frontwechsel“ und Widersprüche von Byrmon

VI.

Den sogenannten Höhepunkt der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Bad Pyrmont bildete ein Referat des Herrn Karl Ruprecht (Göttingen). Dieser sollte und wollte über das Thema „Die wirtschaftliche Lage unseres Gewerbes“ sprechen. Dazu stellte er sich nach dem nur auszugswesen Bericht in Nr. 66 der „Zeitschrift“ vom 13. September zum Beweis seiner besonderen fachlichen und persönlichen Qualifizierung für diese Aufgabe „gewissermaßen als Außenstehender“ mit folgenden Worten seinen Zuhörern vor: „Ich bin ursprünglich aktiver Seemann und gelernter Unterseebootskommandant gewesen, und ich bin seit nun zehn Jahren gelernter Schriftsetzermeister und Buchdrucker geworden, und als solcher spreche ich als Unternehmer zu Unternehmern.“ Diese Worte nicht alltägliche Wortstellungszeremonie eines Referenten, bei der laut Berichten von Augen- und Ohrenzeugen nicht wenige Zuhörer sogar ein gewisses Staunen! Ja! im Sperrkreis ihrer Stühle verspürt zu haben scheinen, wurde außerdem noch durch folgendes „Mal hören!“ illustriert: „Ich möchte aber von vornherein ausdrücklich betonen, daß ich in meinen weiteren Ausführungen absolut nur meine Privatmeinung zum Ausdruck bringe. Der einzelne braucht also keineswegs zu befürchten, daß er als Mitglied des Deutschen Buchdrucker-Vereins nun etwa auf dieselbe Auffassung verhaftet würde. Aber man wolle es bitte meinem immerhin nicht ganz alltäglichen Werdegang zugute halten, daß ich naturgemäß manches, was um uns herum vorgeht, etwas anders sehe und anders beurteile als der zünftige Nur-Buchdrucker.“ Diesem charakteristischen Vorwort, dem wir infolge seiner Auffälligkeit und Seltenheit schon in der Einleitung zu dieser Artikelserie in Nr. 83 des „Korr.“ ein Ehrenplätzchen eingeräumt haben, widmete inzwischen eine ganze Reihe unserer bewährtesten Zeit- und Berufsgenossen folgende Marginalien:

... Karl Ruprecht von Göttingen ist zweifellos eine Nummer für sich. Er war nicht nur ursprünglich Seemann und gelernter Unterseebootskommandant und bezieht als solcher hoffentlich auch heute noch nicht zu snappe militärische Gebühnisse von dem sogenannten Wohlstandstaat! Er ist auch tatsächlich gelernter Schriftsetzermeister, Buchdrucker und Unternehmer als Mitinhaber der Buchdruckerei Hubert & Co. in Göttingen. Außerdem ist er aber auch noch Vertrauensmann der Marinejugend seiner Vaterstadt und Umgebung; als solcher hat er sogar einen „Volontär“, der in seinem Betrieb schon vier Jahre Buchdrucker gelernt hat und sich unter menschenfreundlicher Ausschaltung tariflicher Entlohnung in seinem Betrieb noch weiter „ausbilden“ durfte, zur Bestattungsfeier der unglücklichen Opfer der „Niobe“ delegiert! Ferner war er Herausgeber und Verleger verschiedener Ziffern- und Zitatensammlungen zur Beurteilung des sogenannten „Freiheitsgesetzes“, das im Jahr 1930 trotz Jugenbergscher Millionenprotektion durch Volkssentiment nicht zuletzt deshalb in der Bevölkerung verankert wurde, weil in der Tendenz seines § 4 sowohl die damalige Reichsregierung wie der Reichspräsident mit entzündenden Strafbestimmungen bedroht wurden. In dieser „Ziffern- und Zitatensammlung“ des Herrn Ruprecht war z. B. an erster Stelle der Wortlaut eines angeblichen Aufrufs der Volksbeauftragten vom 9. November 1918 enthalten, der im Wahlkampf des Jahres 1930 auf Seiten der Rechtsparteien eine sehr unaußere Rolle spielte und in aller Öffentlichkeit als eine demagogische Fälschung gebrandmarkt werden konnte. Auch sonst ist in dieser Ruprechtischen Ziffern- und Zitatensammlung noch eine ganze Reihe tendenziöser und wahrheitswidriger Notizen enthalten, die ihren Herausgeber bei objektiver gerichtlicher Nachprüfung in nicht geringe Schwierigkeiten bringen könnten. Sogar als Dozent für deutsch-nationale Themen vor versammelter Mannschaft seines Betriebes hat Karl Ruprecht im Lauf

der letzten Jahre schon manchmal Betriebsstörungen verursacht, und wohl nur zum Ausgleich dafür eine besondere Fingigkeit in kleinlichen Arbeitsleistungskontrollen entwickelt. Auch hat er sich hinsichtlich Über- oder Mehrstundenauswertung bzw. -bezahlung schon Dinge geleistet, die wenig Verständnis für die gegenseitige Wirkung solcher Rechtmäßigkeiten erkennen lassen. Trotzdem wäre es verfehlt, diesen vielseitigen Mann für alle diese Leistungen allein verantwortlich machen zu wollen. Daran sind in erster Linie sein nachsichtiges Elternhaus, das ihm solche Extravaganzen ohne strengere Schemata erlaubte, und nicht zuletzt ein sehr fleißiges Personal schuld. Also, seid gnädig mit ihm! Er hat so viel gelernt, daß ihm fast nichts mehr zu lernen übrig geblieben ist. Wohin mit der Freud- und Zeit, wenn solch ein Mann kein aktiver Unterseebootskommandant mehr sein soll oder kann? Vom Buchdruckgewerbe versteht er sowieso viel mehr als alle anderen Meister. Denn wenn man nicht schon von einem Unterseeboot das Zeug mitbringt, ein ganz gerissener Schwarzkünstler zu werden, wo soll das sonst noch herkommen? Ihr Tintenfedler in Berlin habt ja kaum eine Ahnung davon (auch seine Zuhörer in Bad Pyrmont konnten sie nicht haben), wie man unter und über allen Wassern Bescheid wissen muß, wenn man, wie es sich Karl Ruprecht in Bad Pyrmont vorgenommen und fertiggebracht hat, allen deutschen Buchdruckereibesitzer behelligen, daß sie von ihrem Fach viel weniger verstehen als er. Er hätte sich daher wohl mit Recht berufen und verpflichtet, wie aus dem Bericht der „Zeitschrift“ zu ersehen war, das zünftlerische Brett vor jedem Kopf seiner Zuhörer in Pyrmont zu durchleuchten, ihnen ihre berufslichen Scheitler abzunehmen, sie aus ihrer Tarifstarre zu erlösen, gleich einem Winkelried die geschlossene Front der Gehilfen zu durchbrechen, die marxistisch-sozialistische Ausbeutung der deutschen Wirtschaft zu verstopfen, wie überhaupt im deutschen Buchdruckgewerbe keinen Stein mehr auf dem Boden zu lassen und dazu noch alle großen und kleinen Feindesmächte rings um Deutschlands Grenzen beim Anhalten zu nehmen. Damit haben sich wohl oder übel alle deutschen Buchdrucker einfach abzufinden und dazu nur noch in bewußter framer Haltung „rrra! rrra! rrra!“ zu rufen. Wegtreten!

Mit dieser stark mit Agitropfen durchtränkten Biographie unseres Helden von Pyrmont und Göttingen könnten wir dieses Kapitel abschließen, wenn es sich zwischen diesen Zeilen für das gewerbes- und tarifpolitische Leben im Buchdruckgewerbe nicht noch um ernstere und wichtigere Dinge handeln würde. Soweit es sich hierbei um die sehr überhebliche Apoptrophierung von gewerblichen und sonstigen Unzulänglichkeiten oder Mängeln auf Unternehmerseite dreht, mit denen Herr Ruprecht vor seinen Zuhörern in Bad Pyrmont glaubte einen rhetorischen Paradeanstich veranstalten zu müssen, mag man in Lager der daran Beteiligten entweder nur mit berechtigtem Mitleid und oder sonstigem Mitleid vor Kommandobrücken reagieren. Für den produktiver tätigen Teil der Gewerbeangehörigen, nicht zuletzt für dessen Arbeiterschaft, kommen aber noch andre Überlegungen in Betracht, und zwar deshalb, weil sich Karl Ruprecht in seiner übergroßen Bescheidenheit nicht damit begnügt, als „Führer“ im Deutschen Buchdrucker-Verein beurteilt zu werden, sondern außerdem noch der Meinung zu sein scheint, daß die gesamte Arbeiterschaft des Gewerbes nur noch darauf wartet, vor ihm und seinesgleichen als ihren „Führern“ in blindem Kadavergehorsam auf die Knie sinken zu müssen! Um diesen Aberglauben zu verdeutlichen, ist es leider nötig, noch folgende Verlesungen aus den Pyrmont-Kriegsartikeln des Herrn Ruprecht unter die Lupe zu nehmen.

Soweit sich der Referent auf rein gewerbliche Fragen beschränkte, könnte ihm auch von Gehilfen Seite Zustimmung nicht restlos versagt werden, besonders nicht bezüglich des von ihm geforderten Ausbaues des Dienstes am Kunden in fachtechnischer und kauf-

männischer Richtung. Anders liegt es dagegen mit seiner Bewertung tariflicher Dinge. Hier scheint die dem Herrn Ruprecht attestierte Vielseitigkeit auf allen nur erdenklichen Gebieten die Einsicht in die Notwendigkeit eines vernünftigen Aufbaues der tariflichen Rechte und Pflichten stark getrübt zu haben. Denn er sprach darüber in Pyrmont wie folgt:

Aber über diese vorwiegend gewerblichen Fragen hinaus stehen wir im Banne einer Tarifstarre auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung unserer Hilfskräfte, einem starren Paragraphenwert gegenüber, das das Leben im Gewerbe totzuschlagen droht. Ich brauche nur daran zu erinnern, in welchem Umfang die Befehlsvorschriften für unsere Maschinen die notwendige Verbilligung unserer Produktion hindern, um in jedem von Ihnen gleich eine ganze Kette von entsprechenden Behinderungen aufzudecken zu lassen. Diese umfangreichen und angestrengten Bemühungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins, dieses Tarifwert wenigstens zu lockern, haben sich leider jahrelang im Kampf gegen den Formalismus der Behörden, der eine arge Fessel der Wirtschaft darstellt, ich möchte sagen: totgelaufen und erschöpft.

Es wäre für das gesamte Gewerbe wesentlich besser bestellt, wenn es tatsächlich so wäre, daß die jahrelangen angestrengten Bemühungen des DVB, das noch vor etwa zehn Jahren vorbildlich gewesene Tarifwert zu lockern, sich endgültig totgelaufen und erschöpft hätten. Denn der von erprobten Fachmännern auf beiden Seiten der Tarifparteien in über 25jährigen Beratungen durchgeführte Aufbau des Tarifs hat ungeheure persönliche und materielle Opfer erfordert. Dennoch hat die Leistung dieser Opfer dem Gewerbe einen geradezu großartigen Aufstieg ermöglicht, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, als sich ein Frontwechsel in der Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in der Richtung durchsetzte, daß die gewerbepolitischen und fachtechnischen Grundsätze nicht mehr von ausgleichenden Gesichtspunkten im Sinne einer sozialen Tarifgemeinschaft beurteilt wurden, sondern abstrakt juristischen und arbeitgeberfeindlichen Tendenzen ausgeliefert wurden. Die daraus naturgemäß hervorgehenden sozialen und beruflichen Hemmungen haben die bis dahin maßgebenden und für beide Tarifparteien erträglicheren Beziehungen bis in die einzelnen Betriebs- und Arbeitsverhältnisse hinein von Jahr zu Jahr mehr belastet und infolgedessen auch für den einzelnen Unternehmer die frühere bessere Erkenntnis des beiderseitigen gewerblichen Aufeinanderangewiesenseins zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft verwischt und der formalen Rechtsaberei samt ihrem berufsfeindlichen Trotz Tür und Tor geöffnet. Und so sehr man es einestweils auch bedauern könnte, daß gerade unser Gewerbe zum Tummelplatz solcher sozial und wirtschaftlich hemmungslosen Theoretiker geworden ist, so läßt doch die von Ruprecht beflagte Tatsache des Totlaufens und der Erschöpfung dieses arbeitgeberfeindlichen Tatendranges die Annahme zu, daß man in dem dafür verantwortlichen Unternehmerkreis nahe am Ende seines Lateins angekommen ist und sich der Erkenntnis gewerblich-schädlicher Sisyphusarbeit nur noch mit rein persönlicher Antipathie erwehren kann. Wirkliche Fortschritte auf Prinzipalsseite, die die maßgebenden Interna des technischen Produktionsprozesses im Buchdruckgewerbe nicht nur aus Büchern oder Gabelnbleichfusen, sondern aus jahrelanger und tiefergehender Berufserfahrung kennen oder gekannt haben, finden z. B. in den tariflichen Sonderbestimmungen für die Arbeitspflichten und -rechte der Gehilfen keine besonderen Hemmungen eines vernünftigen und zweckmäßigen Produktionsprozesses, sondern die besten und zuverlässigsten Voraussetzungen dafür im wohlverstandenen wirtschaftlichen und sozialen Interesse beider Teile. Sie bieten sowohl dem Prinzipal wie dem Gehilfen das, was von fachmännischen und ver-

antwortlichen Gesichtspunkten aus recht und billig ist. Das kann nur nicht verstehen, wer die dafür ausschlaggebenden Dinge nicht kennt. Diese Unkenntnis scheint leider auch nicht durch den Besitz des Titels eines „gelernten Schriftsetzmeister und Buchdruckers“ ohne weiteres ersetzt werden zu können, noch weniger aber durch das Patent eines Unterseebootskommandanten, wie der wahrscheinlich ganz unheilbare Fall des Herrn Ruprecht von Göttingen beweist. Die nun wieder einmal vor der Tür stehenden Verhandlungen über die technischen Sonderbestimmungen des Tarifs werden zweifellos ergeben, daß jede Einschränkung dieser Bestimmungen technisch unverantwortlich wäre und daher von einer beruflich und tariflich verantwortlich sein sollenden Gehilfenschaft abgelehnt werden muß. Die sogenannte Tariffarre besteht ja nur darin, daß tariflichen Pflichten auch entsprechende Rechte für beide Tarifparteien gegenüberstehen. Eine Lockerung der Rechte bedingt auch eine solche der Pflichten in quantitativer wie qualitativer Hinsicht. Einen andern Weg kann und wird die Gehilfenschaft nicht gehen. Sie wird in ebenso geschlossener Front wie bisher keine Erweiterung ihrer beruflichen Pflichten ohne eine gleichwertige Erweiterung ihrer Rechte auf sich nehmen!

So wenig es auf technischem Gebiet eine Lockerung der bisherigen tariflichen Rechte der Gehilfenschaft mit ihrer Zustimmung geben könnte, so wenig wird auch der weitere Teil der Kriegsarartikel gegenüber der Arbeiterfähigkeit, der von der Kommandobrücke des Herrn Ruprecht in Bad Pyrmont mit schmetternder Stimme verkündet worden ist, ohne Zustimmung oder Mitarbeit der Gehilfenschaft in Erfüllung gehen. Die von Herrn Ruprecht als erste Quelle der deutschen Wirtschaftsführung bezeichnete sozialistische Ausschöpfung der deutschen Wirtschaft ist zwar noch lange nicht so groß und stark genug, wie es im Interesse des ganzen deutschen Volkes zu wünschen wäre. Aber sie wird sicher um so stärker und größer werden, je rückwärtssofer und volksfeindlicher die privatkapitalistischen Ausbeutungstendenzen im Sinne des Herrn Ruprecht sich entfalten würden. Das ist eben der tiefere und univervelle Sinn des „Marxismus“, daß jeder Druck auch Gegenruck erzeugt und auch im sozialen Rahmen der menschlichen Gesellschaft dort seine Grenze findet, wo die Herrschaft einzelner Klassen auf den unüberwindlichen Widerstand aller andern Klassen oder Schichten in der einflussreichen Mitternacht. Diejenem Grundgesetz aller menschlichen Entwicklungsphasen, wird, was wohl oder übel auch der Herr Unterseebootskommandant von Göttingen wie alle seine Kollegen im Reich der schwarzen Kunst beugen müssen, wenn er und sie nicht weiterhin auf verlorenem Posten stehen wollen. Sein vernunftwidriges Vorhaben, die sozialistische Ideenwelt zu überwinden, wird ihm nicht gelingen, um so weniger, als er selbst unbewußt dazu beiträgt, die Notwendigkeit einer vernünftigeren Wirtschaftsform in immer weiteren Kreisen zur Erkenntnis zu bringen. In welsch naiver und doch „überzeugender“ Form Herr Ruprecht von Göttingen diese Pionierarbeit für den Sozialismus wider seinen eignen Willen verrichtet, kann hier nicht mehr mit genügender Deutlichkeit nachgewiesen werden. Es wird abschließend in nächster Nummer geschehen.

In Nr. 86 der „Zeitschrift“ vom 22. November hat sich die Schriftleitung des Prinzipalsorgans den Witz erlaubt, einen Leitartikel unter der Überschrift „Marx ist groß — und Tarnow sein Propheet“ als Erwiderung auf den in Nr. 93 des „Korr.“ veröffentlichten Artikel Tarnows vom Stapel zu lassen. Ob letzterer selbst darauf eine Erwiderung für nötig hält, ist ihm natürlich freigestellt. Für die Schriftleitung des „Korr.“ finden wir eine Stellungnahme zu diesem neuen Fehlschlag der „Zeitschrift“ nur insofern nötig, als in der Einleitung ihres Artikels gegen Tarnow bittere Tränen über angebliche „persönliche Berührungsimpfungen“ der Referenten auf der Pyrmontener Tagung vergossen werden. Wir bestreiten gar nicht, daß wir die Wäter der auf der diesjährigen Hauptversammlung in geradezu unerschöpflicher Weise gegenüber der Gehilfenschaft und ihrer Organisation zum Ausdruck gekommenen Unterstellungen und tendenziösen Vorwürfe etwas schärfer als früher im Hinblick auf ihre Theorie und Praxis unter die Lupe genommen haben. Daran wird und kann sich so lange nichts ändern, als man durch den auf Prinzipalsseite allmählich immer „autoritärer“ gewordenen Personenkultus eine vernünftigeren Lösung der sozialen Frage immer mehr erschwert und durch Einspannung außergewerblicher Kräfte und Mächte eine gleichberechtigte Gestaltung der tarifpolitischen Entwicklung zu hemmen bestrebt ist. Daß solche Tendenzen am leichtesten bei größtmöglicher Zerrung ihrer persönlichen Arbeiter wirksam werden

können, ist ihre auf Arbeiterseite schon längst erkannte Schwäche; was auch die Jeremiaden der „Zeitschrift“ beweisen. Diese haben mit sogenanntem persönlichen Anstand oder Bildung um so weniger zu tun, als diese Begriffe ja nur zur Verdunkelung der subjektiven Quellen dieser Taktik mißbraucht werden. Daß einer solchen Taktik auch Männer zum Opfer fallen, die das gar nicht erkennen, weil sie viel zu stark mit einseitigen Problemen befaßt sind, beweist der Gehilfenschaft der Fall Ruprecht von Göttingen, der seinen Bolschewismus von oben mit einer „Frontkammerabschaffung der Arbeit“ verwechselt und dadurch einem Bolschewismus von unten erst seine natürliche Voraussetzung schafft!

Der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise

2. Schicksal der Arbeitslosen

Hand in Hand mit dem Wachstum der Arbeitslosigkeit verschlechterte sich in den letzten Jahren die Lage der Opfer der Krise. Die Sozialreaktion hat nicht nur die Unterstütlungsstätte, sondern auch die Dauer der Unterstütlung der Arbeitslosen gekürzt. Das System der Versicherung gegen die Erwerbslosigkeit, das beste Stück der deutschen Sozialpolitik, hat sich allmählich in eine kümmerliche Wohlfahrtspflege verwandelt.

Ende August d. J. zählten die Arbeitsämter rund 5,2 Millionen Arbeitslose. Davon waren weniger als 700 000 von der Arbeitslosenversicherung unterstütl, weitere 1,3 Millionen bezogen die Unterstütlung bei der Krisenfürsorge. Von den übrigen 3,2 Millionen wurden 2 Millionen als Wohlfahrtsarbeitslose von den Gemeinden betreut, während 1,2 Millionen ohne jede öffentliche Unterstütlung ihrem Schicksal überlassen blieben. In Wirklichkeit war die Zahl der nichtunterstütlten Arbeitslosen noch höher: Dieser Gruppe sind nämlich noch diejenigen Erwerbslosen zuzurechnen, die in den Listen der Arbeitsämter nicht geführt werden. Das Meer dieser unsichtbaren Arbeitslosen war Ende August auf etwa 2,3 bis 2,4 Millionen Köpfe zu schätzen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen gliederte sich am Stichtag etwa wie folgt:

Hauptunterstütlungsempfänger	In Tausend in Proz.
In der Arbeitslosenversicherung (Alu)	607 9,2
In der Krisenfürsorge (Kru)	1295 17,1
Wohlfahrtsarbeitslose (We)	2030 26,7
Nichtunterstütlte Arbeitslose:	
Bei den Arbeitsämtern	1202 15,8
„Außerhalb der Arbeitsämter“	930 12,1
Insgesamt	7900 100,0

„Nölg vor zwei Jahren war das Verhältnis völlig anders! Damals, Ende August 1930, gab es im Reich:

Hauptunterstütlungsempfänger	In Tausend in Proz.
In der Arbeitslosenversicherung (Alu)	1607 40,2
In der Krisenfürsorge (Kru)	441 11,8
Wohlfahrtsarbeitslose (We)	541 14,4
Nichtunterstütlte Arbeitslose:	
Bei den Arbeitsämtern	482 12,0
Außerhalb der Arbeitsämter	775 20,7
Insgesamt	3746 100,0

Der Vergleich der Schichtung des Arbeitslosenheeres nach der Art der Unterstütlung gegenwärtig und vor zwei Jahren gibt eine einseitige Antwort auf die Frage, ob die deutschen Arbeiter vor der Entfaltung der Reaktion soziale Errungenschaften besitzen hatten.

Die Zahl der Hauptunterstütlungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zurückgegangen, weil die Unterstütlungsdauer durch die Notverordnungen gekürzt wurde, während die Dauer der Arbeitslosigkeit infolge der Krise angewachsen ist. Aber die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen blieben nicht lange bei der Krisenfürsorge, sie wurden weiter nach unten, zu den Wohlfahrtsämtern, befördert. Im August 1930 zählten die Alu und Kru zusammen Unterstütlungen an 52 Proz. der Gesamtzahl der Arbeitslosen, im August 1932 leisteten sie unmitttelbar Hilfe nur noch an 26,3 Proz.!

Unheimlich ist das Wachstum der Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen: Eine halbe Million im Sommer 1930, zwei Millionen im August d. J. Zugleich hat sich die Zahl der Nichtunterstütlten beinahe verdreifacht. Sie ist von rund 1,3 Millionen auf 3,6 Millionen angewachsen.

Das Diagramm zeigt, wie sich im Lauf der letzten vier Jahre das Schicksal der Arbeitslosen allmählich verschlechtert hat. Mit der Zuspitzung der Krise und dem Wachstum der Zahl der Arbeitslosen (obere Kurve des Diagramms) veränderte sich das politische Kraftverhältnis im Reich zumunsten der Arbeiter, und diese Veränderung äußerte sich im Abbau der Sozialversicherung. Die Zahl der Hauptunterstütlten in der Alu (schwarze

Stäbchen), anfangt mit der steigenden Not zu steigen, ging zurück; die Zunahme der Zahl der Hauptunterstütlungsempfänger in der Kru (weiße Stäbchen) hielt nicht Schritt mit der emporenden Kurve der Arbeitslosigkeit, immer größer wurde der Teil des Arbeitslosenheeres, der auf die Wohlfahrtsarbeitslosen (fette gestrichelte Linien) und Nichtunterstütlten (dünne Linien oben) entfiel.

Aber auch die Lage der Arbeitslosen in jeder dieser fünf Gruppen ist in den letzten Jahren nicht unverändert geblieben: Mit der Verschärfung der Krise mußte der Staat Sparmaßnahmen ergreifen, und es war eine Selbstverständlichkeit, daß an erster Stelle bei den Arzten unter den Armen, bei den Arbeitslosen, gepart wurde!

Der Kürzung der Unterstütlungsätze in den einzelnen Lohnklassen gefolgte die Herabsetzung der meisten Arbeiter von den oberen Lohnklassen in die unteren — zwangsläufige Folge des Lohnabbaues.

Ein Arbeiter, der im Jahr 1930 im Durchschnitt 48 M. in der Woche verdient hat, erhält jetzt — solange er beschäftigt ist — kaum mehr als 36 M. (am häufigsten noch weniger). Im Fall der Arbeitslosigkeit hatte er im Jahr 1930 von der Arbeitslosenversicherung eine wöchentliche Hauptunterstütlung von 15,75 M. mit einem Familienzuschlag von 2,25 M. pro weiteres Familienmitglied bezogen. Seit August 1932 kann er (beim Wochenverdienst von 36 M.) nur eine Hauptunterstütlung von 6 bis 8,40 M. (je nach der Ortsklasse) beanspruchen, während sein Familienzuschlag zwischen 1,50 M. und 1,80 M. pro Familienmitglied schwankt. Die Unterstütlungsätze in der Alu sind also tatsächlich etwa auf die Hälfte gekürzt worden, und es ist nur die privilegierte Minderheit der Arbeitslosen (etwa 0 Proz.), die die Unterstütlung bei der Alu bezieht.

Allerdings fällt nach der Juni-Notverordnung der Unterschied zwischen dieser Minderheit und den übrigen Arbeitslosen nicht mehr schwer ins Gewicht: Die Gliederung nach den Lohnklassen (d. h. nach der Höhe der Beiträge, die der Arbeiter an die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat) wird für die ersten sechs Wochen der Unterstütlung zugunsten der Arbeitslosen berichtigt. Dann tritt die Bedürftigkeitsprüfung in Kraft und der Arbeitslose, obwohl er seine Unterstütlung weitere 14 Wochen von der Alu bezieht, wird im besten Fall den Wohlfahrtsarbeitslosen gleichgestellt.

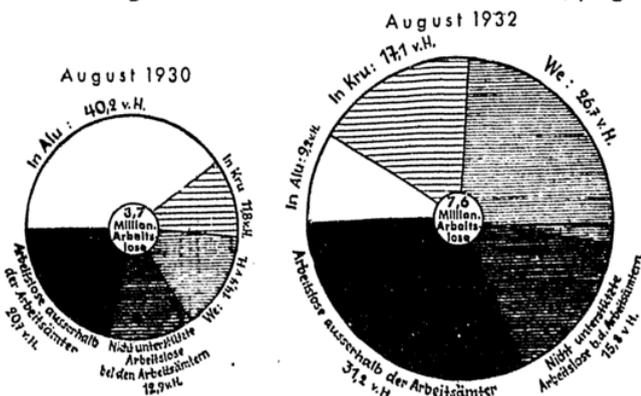
Die Wohlfahrtsarbeitslosen bildeten bisher die niedrigste Schicht der unterstütlten Arbeitslosen. Die jüngsten Notverordnungen haben auch in dieser Hinsicht eine neue Lage geschaffen: In diesem Winter werden die Hauptunterstütlungsempfänger in der Kru und etwa 70 Proz. der Arbeitslosen in der Alu im besten Fall auf dieselbe Weise behandelt wie die Wohlfahrtsarbeitslosen! Die Unterstütlungsätze der letzteren sind in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden. Im großen und ganzen aber waren sie bisher nicht höher als die untere Sätze der Arbeitslosenversicherung. Dieser Verhältnis hat sich wahrscheinlich nicht stark geändert. Es ist daher anzunehmen, daß im Durchschnitt atemnehmende Wohlfahrtsarbeitslose in den meisten Gemeinden nicht mehr als etwa 5 bis 6 M. in der Woche, oder 70 bis 95 Pf. pro Tag, erhalten. Wie ein Mensch damit leben kann, ist seine Sorge, der Staat hat sich darum nicht zu kümmern.

Ein großer Teil der Arbeitslosen bekommt aber überhaupt keine öffentliche Unterstütlung. Die Arbeitsämter zählten Ende August 1 202 000 nichtunterstütlte Arbeitslose; wir haben uns aber überzeugen können, daß es neben ihnen noch etwa 2,3 bis 2,4 Millionen unsichtbare Arbeitslose gibt. Aber die Lebensbedingungen und Existenzquellen dieser Menschen wird keine Statistik geföhrt.

Die Arbeitsämter präzisieren wie folgt die Zusammenfassung ihrer nichtunterstütlten Arbeitslosen: „Darunter fallen u. a. Arbeitslose, für die am Stichtag die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstütlung läuft, sowie nicht in die Krisenfürsorge (wegen mangelnder Bedürftigkeit) oder in die Wohlfahrtsunterstütlung übernommene Personen, ferner solche, über die eine Sperrfrist verhängt ist, sobald solche, die ohne Kenntnis des Arbeitsamts frant sind, ein Teil der arbeitslosen Sozialrentner und der beschränkt Erwerbsfähigen.“ Die Zahl der Personen, die wegen Wartezeit oder Sperrfrist keine Unterstütlung beziehen, darf nicht über 200 000 übersteigen; die übrigen Gruppen der Nichtunterstütlten bei den Arbeitsämtern sind dieselben wie in der unsichtbaren (verborgenen) Arbeitslosigkeit.

Es scheint allerdings, daß nicht alle Wohlfahrtsarbeitslosen von den Arbeitsämtern gezöhrt werden. Unter den

1. Gliederung der Arbeitslosen nach der Art ihrer Unterstütlung



* Hier sind nicht berücksichtigt die überhöhte der Alu, die zur Diminution der Wohlfahrtspflege mit herangezogen werden.

Arbeitslosen, die den Arbeitsämtern fernbleiben, sind etwa 200 000 solche, die bei den Wohlfahrtsämtern Unterstützung beziehen. Weiter ist es nicht außer acht zu lassen, daß bei jeder Konjunktur eine Zahl von unsichtbaren Arbeitslosen vorhanden bleibt. Jugendliche, die noch keine Arbeit gefunden haben; Arbeiter, die ihre Stellung wechseln; halb-invalide Personen, die sich als Arbeitslose betrachten, obwohl sie für den Arbeitsmarkt nicht mehr in Frage kommen u. a. m. Diese ewige unsichtbare Arbeitslosigkeit, die von keinem Wirtschaftsausschlag aufgefangt wird, läßt sich etwa auf 400 000 bis 500 000 abschätzen.

Die Gesamtzahl der „nichtunterstützten“ Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern und außerhalb der letzteren (rund 3,6 Millionen) sind also abzuziehen:

die wegen Wartzeit bzw. Sperrfrist	
Nichtunterstützten	200 000
die bei den Arbeitsämtern nicht ge-	
zähsten Wohlfahrtsamterbeschäftigten	200 000
die ewige unsichtbare Arbeitslosigkeit	400 000—500 000
Insgesamt:	800 000—900 000

Es bleiben immer noch 2,7 bis 2,8 Millionen Menschen übrig. Wovon leben sie?

Die meisten unter ihnen werden zweifellos von ihren Familienangehörigen unterstützt. Die Berufszählung vom Jahr 1925 hat gezeigt, daß die Zahl der Arbeiterhaushaltungen in Deutschland viel kleiner ist als die Zahl der Arbeiter: In den meisten Arbeiterhaushaltungen gibt es neben dem Familienvorstand wenigstens noch ein mitverdienendes Familienmitglied. Unter den 19,3 Millionen von der Zählung registrierten Arbeitern gab es nicht weniger als 7,5 Millionen solcher, die im Familienhaushalt ihrer Eltern, Geschwister oder des Ehemannes lebten. Seither ist der Prozentsatz der mitverdienenden Arbeiter zurückgegangen. Aber rund 30 Proz. der Arbeitslosen, d. h. etwa 2,3 Millionen, können noch immer in der Familie den Rückhalt finden. Hier ist das umfangreiche Gebiet der Streckung des Elends, die allein die Existenz der verborgenen Arbeitslosigkeit zu erklären vermag.

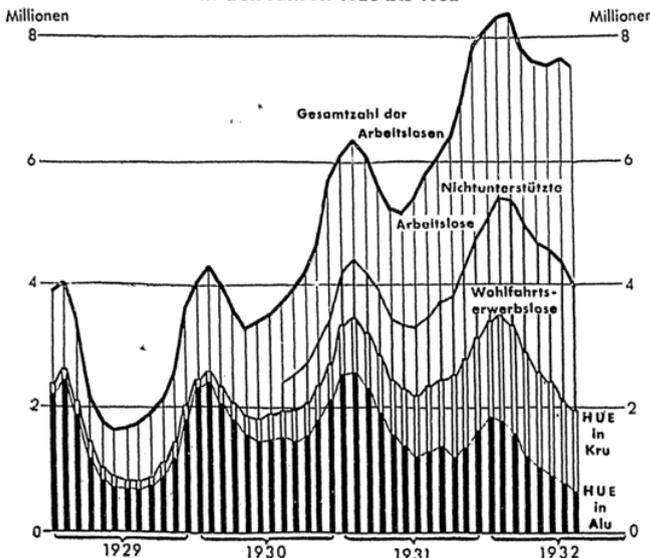
Nach dieser Berechnung sollen „nur“ etwa 400 000 bis 500 000 Arbeitslose ohne jede Unterstützung und Hilfe dem Hunger und Untergang ausgeliefert sein.

Allerdings darf man nicht glauben, daß die nichtunterstützten Arbeitslosen von der Luft und die unterstützten von den ihnen erteilten kümmerlichen Almosen leben können. Eine wichtige Quelle ihrer Existenz bildet allerlei gelegentliche Arbeit, die von keiner Statistik registriert wird. Ob man sie „Sektorsäfte der Arbeitslosen“ oder „Schwarzarbeit“ nennt, ist schließlich gleich. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß in einem Land, wo 7,5 bis 8 Millionen Menschen aus dem regelrechten Arbeitsprozeß gedrängt sind und im besten Fall nur eine spärliche Unterstützung von der öffentlichen Hand erhalten, neben der offiziellen Volkswirtschaft sich ein neuer Sektor der Arbeit und Wirtschaft bilden muß: kümmerliche Selbstverforgung; durch die Laubenwirtschaft, gelegentliche Reparaturen, Arbeitsdienste bei den Nachbarn, Hausierhandel u. a. m. sind lediglich Äußerungen der neuen Sachlage, Millionen Menschen versuchen, sich in der Not zu helfen, sie tragen keine Verantwortung dafür, daß ihre Arbeit zur weiteren Desorganisierung des Arbeitsmarktes führt.

Vor dem Ende? - Eine Illusion!

Vor einigen Monaten begann die bürgerliche Welt, vor allem aber die Kapitalisten aller Länder, Hoffnungen zu schöpfen: die Weltkrise verzieht sich, der Kapitalismus ist gerettet! Ein fürchterlicher Alldruck war von ihnen genommen. Drei lange Jahre hatten sie ein Rezept nach dem andern angewandt, hatten in unerhörtem Ausmaß fortgesetzt die Mittel der Allgemeinheit mobilisiert, hatten die Bewirtschaftung der arbeitenden Bevölkerung immer weiter herabgedrückt — alles, um die lebensgefährliche Ertränkung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu turieren. Es hatte

2. Die Arbeitslosen in Deutschland nach der Art ihrer Unterstützung in den Jahren 1928 bis 1932



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Gustav Felder in Berlin
Eingetretten: 27. November 1882 - Jetzt Invalide



alles nichts genügt. Statt der Symptome einer Besserung stellte sich eine weitere Verschärfung der Krise ein. Der zweite Krisenwinter war schwerer als der erste; dann wurde der dritte als der schwerste bezeichnet, aber jetzt, da in Deutschland annähernd sieben Millionen Arbeitslose, auf der ganzen Erde etwa 34 bis 35 Millionen, in den vierten Krisenwinter hineingehen, zweifelt wohl kaum jemand daran, daß dieser Winter diese Massenopfer in einer entsetzlichen Lage setzen wird. Doch sie jubelten! In der kapitalistischen Presse war zu lesen: Es ist still geworden mit dem Getöse vom Ende des Kapitalismus!

War dabei auch mehr als jemals der Wunsch der Vater des Gedankens, so bemüht sie sich doch um den Nachweis, die unmittelbar bevorstehende Überwindung der Weltkrise an einer Reihe von Besserungserscheinungen aufzuweisen. „Wirtschaftsführer“ und „Wirtschaftskritiker“ der Bourgeoisie marschierten auf und entbedeten bald hier und bald dort entscheidende Besserungsmerkmale. Einmal stellten sie fest, daß in den verschiedenen Ländern die Kreditkrise überwunden sei; daß den Engländern und den Franzosen, ohne Schwierigkeiten die Zinsherabsetzung ihrer innumen Anleihen gelungen war, wurde als ein besonderer Beweis dafür angesehen. Dann wieder glaubten sie, bereits den Ausgleich zwischen der Abwärtsseite der Geldmärkte und dem Hunger der Kapitalimportländer in Funktion zu sehen; wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Wiedererlangen der kapitalistischen Wirtschaft. Ganz besonders Hoffnungen weckte aber im Sommer die steigende Preisbewegung für eine Reihe von Rohstoffen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie galt einmal als Bestätigung dafür, daß die Produktion dem stark gesunkenen Bedarf angepaßt worden war, daß die Rohstoffvorräte nicht mehr zunehmen, daß sich vielleicht gar die verarbeitenden Industrien für die Erweiterung der in der Krise stark zusammengeschrunkenen Produktion einzudecken begannen. Denn diese Produktion sollte gleichzeitig neue Anregungen erhalten haben, da Lohnherabsetzungen, Zinsverbilligungen, Kapitalabdrückungen, eine Herabsetzung der Produktionskosten in einem Umfang bewirkt hätten, daß sich bei steigenden Preisen wieder eine profitable Produktion ergäbe. Hierin sahen sie auch den Antriebs zu den verschiedenen Aktienhaufen.

In Deutschland wurden diese Hoffnungen noch befeuert durch die Anturberungsaktion der Reichsregierung, die weitherzig genug war, um mit annähernd dreitausend Millionen Mark die vermeintlichen Besserungserscheinungen zu unterbauen und so die kapitalistische Wirtschaft rascher und fester wieder auf zwei Beine zu stellen als anderswo. Im sich selbst zu betriebligen, redete man sich ein, der Tiefpunkt sei überschritten und griff gleichzeitig zu Maßnahmen, die die großen Massen der Arbeiterschaft auf einen Tiefpunkt des Elends herabdrückten, den sie seit langem nicht erreicht hatte. Aber die Ökonomie erlaubt eine Täuschung mit einer Methode à la Coue nicht. Und heute schon darf man wohl sagen, daß die Hoffnungen, die die Reichsregierung Papen mit ihrem Anturberungsprogramm geweckt hat, sich nicht erfüllt haben. Ein großer finanzieller Aufwand, der den arbeitenden Steuerzahlern noch teuer zu stehen kommen wird, ward veran; zwar nicht sinnlos, aber nur im Interesse einer kleinen

großkapitalistischen und großagrarischen Schicht. Den Beginn einer neuen Wirtschaftskonjunktur hat das Milliarden-geschäft ebensowenig auslösen können, wie die Lohnsenkungen und Einstellungsprämien zu einer fühlbaren Senkung der Arbeitslosenquote beigetragen haben. Um ein Drittel Millionen wollte Herr von Papen das Arbeitslosenheer in Deutschland verringern. Alle krampfhaftesten Versuche, auf jeden Fall mit einem Erfolg aufzuwarten, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß unter Papens Regime kein Rückgang, sondern ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit festzustellen ist. Es ist richtig, daß sich dieses Wachsen in engen Grenzen gehalten hat. Aber ist das ein Verdienst der Reichsregierung? Es ist doch klar, daß, nachdem schon sieben Millionen Arbeitslose vorhanden sind, dieses Massenheer der Krisenopfer nicht in jenem unheimlichen Umfang weiter anwachsen kann, wie im vergangenen Jahr. Bestehen bleibt, daß Papen, um dessen Haupt bereits der Glorienschein des Retters des Kapitalismus zu strahlen begann, schon wieder abgetreten ist, ohne daß sichtbare Erfolge seines für die Allgemeinheit so kostspieligen Rettungswerkes zu verzeichnen sind. Während er sich in den Räumen des Herrenflubs über das „gottgewollte“ Schicksal seiner dahingegangenen autoritären Regierung Gedanken machen kann, wird die Arbeiterschaft noch in den kommenden Jahren die Folgen dieser „herrlichen“ Staatsführung zu tragen haben. Sowohl in finanzieller als auch in allgemeinpolitischer Hinsicht.

So wenig von einem nahen Ende der kapitalistischen Krise in Deutschland gesprochen werden kann, so wenig von dem Ende der Weltkrise. Die Symptome, die es antizipieren sollten, sind beinahe alle unsichtbar geworden. Von einer Überwindung der allgemeinen Kreditkrise zu sprechen, ist angesichts der Tatsache nicht möglich, daß die Geldfülle in den kapitalausführenden Ländern noch immer anhält, daß sie noch immer bemüht sind, angelegtes Kapital zurück-zuziehen und daß die kapitalarmen Länder nach wie vor zu den höchsten Zinsfüßen nur unter größten Schwierigkeiten Geld erhalten. Man braucht nur die ost- und südost-europäischen Länder zu nennen, um den Umfang der noch anhaltenden Kreditkrise zu erkennen. Und die Lage an den Rohstoffmärkten? Sie macht die aufgebauften Hoffnungen erst recht zu Illusionen. Die Aufwärtsbewegung der Preise ist nur eine Epizode gewesen. Der New Yorker Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meldet seinem Blatte, daß Anfang November die Preise für Vieh, Fleisch, Seide, Wolle, Textilien, Baumwolle und Kupfer wieder nahe an den Tiefstufen vom Juni dieses Jahres herangekommen sind. Der Preis für Degembewerze soll gar auf den tiefsten Stand seit 300 Jahren angelangt sein. Gerade auf diesem Warenmarkt ist eine Wendung zur Besserung auf absehbare Zeit hinaus ganz unwahrscheinlich. Daß doch die offizielle Agrarpolitik, die die Länder, angehängt zur Bekämpfung der Agrarkrise betreiben, nicht zu einer Wende-zug, wohl aber zu einer Verschärfung geführt. Die Weltvorräte an Weizen haben zugenommen; zu den allem über-schüssigen Weizenexportländern sind neue hinzugekommen: Deutschland und Frankreich. Besonders in Deutschland hat die künstliche Hochhaltung der Preise zu einer Ausdehnung der Weizenankaufschiffe geführt. Da aber Nordamerika den Weizenanfuhrbedarf der ganzen Welt in dieser Saison allein liefern könnte, so wird eine Verschärfung der Agrarkrise durch den Weizenreichtum die unausweichliche Folge sein.

Dieses Ersticken in Vorräten ist mehr oder weniger auch für die übrigen wichtigsten Rohstoffe kennzeichnend. Ergibt die Statistik der erfassten Werte und Mengen der Rohstoff-Weltvorräte auch kein einheitliches Bild, so ist doch festzuhalten, daß von einem Rückgang nicht gesprochen werden kann. Im Gegenteil hat für einige Rohstoffe, wie Baumwolle, Kupfer, Zink, Kohle, Zute u. a., eine Vermehrung stattgefunden.

Diese wirkliche Lage an den Rohstoffmärkten bestätigt so eigentlich nur, was auch eine Betrachtung des Inbegriffes der industriellen Produktion ergibt: nämlich, daß von einem Wiederaufschwung der Produktion nicht gesprochen werden kann. Bis in den August 1932 hinein haben die wichtigsten kapitalistischen Länder keine oder keine wesentliche Steigerung ihrer industriellen Produktion zu verzeichnen; in Deutschland setzt sich noch im September das andauernde Sinken fort.

Dieses Bild von den wirtschaftlichen Tatsachen ist dann höchstens noch durch jene Striche zu ergänzen, die der un- vermehrt weitergehende Handelskrieg zeigt. Statt eines Abbaues der Maßnahmen fügen die Länder immer neue, den Welthandel schwer schädigende Schläge hinzu. Jeder Schlag nach außen wird zum Schutz der „heimischen“ Wirtschaft geführt. Aber jeder schließt nicht nur nicht die „heimische“ Wirtschaft, sondern führt zuletzt zu einer weiteren Verschärfung der Weltkrise, zu einer Steigerung der Gegen-sätze, aus denen der Kapitalismus keinen Ausweg mehr findet.

Es ist darum nicht nur ein Verbrechen, wenn vom Ende des Kapitalismus gesprochen wird. Es ist die Einförmigkeit in den Ablauf der ökonomischen Entwicklung und die Erkenntnis der gesellschaftlichen Kräfte, die das Ende des Kapitalismus hervortreten lassen. Mag es den Kapitalisten gelingen, noch einmal eine teilweise Wiederrück der Krise herbeizuführen — die Widersprüche dieses Wirtschaftssystems haben doch einen Grad erreicht, an dem sie in beschleunigtem Tempo wieder eine Verschärfung auslösen müssen. Es wird eben ein wirkliches Ende der Krise nicht geben vor dem Ende des Kapitalismus. Catiina.

Korrespondenzen

Brandenburg. (S a n d s e h e r.) Anlässlich der Werbeweche der Handfeger fand am 29. Oktober eine Versammlung statt. Als Referent war Kollege K r i e g e r von der Zentralkommission erschienen, der über „Erfolgreiches Wirken der Handfegerpartei“ sprach. Ausgehend von der Einseitigkeit der Handfegerpartei, behandelte der Referent besonders die Einrichtungen der Handfegerpartei, ihre Leistungen und Erfolge. Der heutigen Krise sind die Handfeger am stärksten ausgehebt. Bei Einstellungen von Lehrlingen ist besonders auf Einhaltung der Lehrlingsstufe zu achten. Die „Anlage A“ des Tarifs und ihre Wichtigkeit für die Handfeger sowie die Tarifverhandlungen von 1930, besonders § 3 Absatz 7, wurden eingehend behandelt. Auch die Einrichtung der Bedrukkerkommissionen, die schon manchem Kollegen geholfen haben, ist als Erfolg der Handfegerpartei zu buchen. 37 Streitfälle wurden mit Unterstützung der Zentralkommission, zum Teil mit Erfolg, erledigt. Den Fall Königsberg unterzog der Referent einer längeren Betrachtung und zeigte, wie es nicht gemacht werden soll. In allen Ortsgruppen arbeitet die Handfegerpartei mit dem Bildungsverband zusammen. Auch die gesellschaftlichen Veranstaltungen der Sparte unterzog der Referent einer Betrachtung und wies nach, dass damit sowie mit aller andern Arbeit die Sparte aufbauende Verbandsarbeit geleistet hat. Zum Schluss seiner Ausführungen betonte er, daß der Zusammenschluß aller Handfeger in der Sparte eine Notwendigkeit ist. Die vorzüglichen Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. In seinem Schlusswort forderte der Referent zur Zusammenarbeit in der Sparte, zum Wohl des Verbandes auf. Auch den heutigen politischen und wirtschaftlichen Wirrwarr unterzog der Referent einer Kritik. Unter „Geschäftlichem“ und „Verfchiebendem“ wurden einige interne Angelegenheiten erörtert.

Bremen. Eine gut besuchte Versammlung des Bezirksvereins fand am 9. November im „Vereinshaus“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Bezirksvorsitzender G o r z t des verstorbenen Kollegen Friedrich Rose. Der Verstorbene ist 34 Jahre im Parteigliedertätig gewesen und hat über 25 Jahre den Betrieb als Geschäftsführer geleitet. In den Jahren 1901 bis 1902 hat er das Amt eines Bezirksvorsitzenden innegehabt. Ein arbeitsreiches Leben, das im Dienst der Bremer Arbeiterschaft gestanden hat, ist in dem Dahingegangenen abgelaufen. Die Verammlungen ehren den Verstorbenen in üblicher Weise. Das Bild der Arbeitslosigkeit hat sich am Ort nicht geändert. Im Gegenteil; rähsten wir vor kurzem 24 arbeitslose Kollegen, so hat sich diese Zahl fast auf 300 hinausgeschraubt. Von der so viel gepriesenen Wirtschaftsanfurbelung derer um Papen ist ganz und gar nichts zu spüren in unserm Bezirk. Geplant sind jedoch für Bremen Erweiterungen und Ausbesserungen der Höfen sowie Anlegung großer Verkehrsstraßen. Für die Durchführung der Projekte wurden über 2 1/2 Mill. M. bereitgestellt. Ob eine löbliche Entlastung des Arbeitslosenmarktes eintreten wird, bleibt abzuwarten. Durch den Oberverwaltungsrat wurden kürzlich die Druckmaschinen der „Arbeiterzeitung“, A.P.O.-Organ, versteigert und somit das Erscheinen der Zeitung unterbunden. Die Anlage lautet auf Herstellung von Druckmaschinen hochverträtlichen Inhalts. Wie wir zur Pressefreiheit stehen, ist bekannt, und wir lassen uns gewiß nicht in der Förderung der Pressefreiheit von unsern linksstehenden Klassenangehörigen überführen. Aber wie die Geschäftslage lautet, mit den Kollegen umgehen zu müssen, die durch das Verbot freilos entlassen wurden, konnte unsere Zustimmung nicht finden. Erst durch eine Klage vor dem Arbeitsrichter wurde den Kollegen ihr Recht, was man bei einem kommunikativen Arbeiterbetrieb als selbstverständlich voraussetzen müßte. Hierauf nahm die Verammlung einen Vortrag des Redakteurs K u r t G e n k von der „Bremer Volkszeitung“ über das Thema „Der Ausgang der Reichstagswahlen und die Arbeiterklasse“ entgegen. Ausgehend von den Kämpfen, die die Arbeiterklasse von 14 Jahren Frieden und Brot führte, schilderte Redner den Weg, den die Arbeiterklasse nach der Revolution gegangen ist. Die Frage, wie steht die Arbeiterklasse zur Gegenrevolution, beantwortete er dahin, daß der Sozialismus heute nicht als Zukunftsaufgabe mehr, sondern als Gegenwartsaufgabe auf der Tagesordnung steht. Ihre große Aufgabe ist Agitation und Kampf für die sozialistischen Forderungen; denn nur durch die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und Plaurität gelangt die Arbeiterklasse zur Freiheit. An der Aussprache beteiligte sich ein kommunikativer Redner, der für den proletarischen Klassenkampf wie er ihn sieht dachte, eintrat. In seinem Schlusswort trat der Referent dem Vordredner auf das Schärfe entgegen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall quittiert. Die Ausführungen ausnahmslos zu können, sollen Sammellisten ausgegeben werden. In alle in Arbeit stehenden Kollegen richtete der Vorsitzende den Ruf, trotz der wirtschaftlichen Notzeit nach Kräften zu zeichnen, damit den Arzten der Armen geholfen werden kann. Unter „Verfchiebendem“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt.

Danzig. (D r u c k e r. — W i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Mit unser Referent am 17. September begannen wir unsere Winterarbeit. Kollege S t o l z m a n n referierte über „Die Buchdruckarten und ihre Verwendung“. Ausgehend von dem Zusammenwirken von Papier und Farbe streifte der Referent die einzelnen Gebiete der verschiedenen Farben. Insbesondere beschäftigte er sich mit den bunten Farben, denen wir Drucker ja (pechell) unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Besonders das Mischen macht vielen Kollegen noch Verdruss. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Referent noch mit dem Druck von Bronzearten und dem Bronzieren im allgemeinen. — Im Monat Oktober veranstalteten wir einen Vortragsabend: Die Wichtigkeit über Mexiko, verbunden mit mexikanischer Musik und einer Reihe von Lichtbildern. Dank der Propagandaabteilung der Wälschische Gutenberg, die das Material zur Verfügung stellte, war es uns gelungen, unsern Mitgliedern etwas Ausergewöhnliches zu bieten. Und es sei vorweg gesagt, der Abend war ein voller Erfolg. Ein Zeichen, daß neben sachlichen Vorträgen auch solche allgemeinen Wissens bei den Mitgliedern beliebt und ge-

eignet sind, weitere Kollegen zu unser gemeinsamen Arbeit heranzuziehen. Das Referat hatte Kollege G u z c e w s k i übernommen. Er schilderte anfangs die geographische sowie die politische Lage Mexikos, um sich dann im weiteren mit dem Leben und Treiben der mexikanischen Arbeiter zu befassen. Und hier ist es Trauen, wohl einer der besten Kenner Mexikos, der es uns überhaupt erst ermöglichte, etwas über das Leben des mexikanischen Arbeiter zu erfahren. Das Bild der Wälsch löbete die Verbundenheit der arbeitenden Menschen und dieses kam in der am Schluss erklingenden Internationale zum Ausdruck.

Frankfurt a. M. (M a s c h i n e n s e t z e r.) Am 30. Oktober hielt Herr W. N i e t z e l einen Lichtbildvortrag über „Das heutige Arbeitsgebiet der Linotype“. Am Anfang schilderte er uns den Erfinder der Linotype O t m a r M e r g e n t h a l e r mit seiner ersten Schmalmaschine, um dann der Reihe nach die neuesten Modelle zu zeigen, die zuletzt geschaffen worden sind. Hier zeigte sich, wie unermüdllich gearbeitet worden ist, insbesondere sei hier der neue Doppelbeder und die Zwei-in-einer-Linotype erwähnt. Bei der ersten genannten Maschine fällt das Transporthand mit seinen mannigfaltigen Störungen fort. Es sei aber betont, daß diese ganzen Störungen in der Hauptsache wegen Innappe Puhzelt, denn natürlich kann man eine Maschine nicht in 1/2 Stunde pühen, am nachher 7 1/2 Stunden ohne Störung zu legen; das gilt für den Doppelbeder genau so wie für den Vierbeder. Das Überführen der Matrizen vom ersten Schloß zum zweiten Schloß hatte eine starke Abnutzung der Öhren zur Folge und so wiederum Abgestörungen. Diese Kalamität ist nun für die Seher an dem neuen Doppelbeder hinwählig. Die Zwei-in-einer stellt etwas ganz Neues dar, und ihre gute Verwendbarkeit in Anzeigen, Adressen und Zeitungsatz ist so gut gelöst, daß diese Maschine wohl guten Anklang in Fachkreisen finden wird. An Neuerungen, die uns noch auf der Leinwand gezeigt und erläutert wurden, sind zu nennen: Die Linotypisierung in Verbindung mit dem Monobardanzführer und Monobardanzapparat, das auswendwärtige Tafeltret, der Sammler „Perfekt“, das biegsame Seitenmesser, der Linotypettenantrieb und der Spationapparat für 1/2-mm-Spation. Man kann sagen, daß hier etwas Nühliches geschaffen worden ist für den Prinzipal, insbesondere aber auch für den Seher. In der Diskussion wurde nochmals daran erinnert, daß die Schmalmaschinen für jede Maschine einen vorwärtsmässigen Stuhl mitführen möge, damit gerade dieser Teil einseitig ist, denn dessen Wichtigkeit darf nicht unterschätzt werden. Der Manuskriptapparat wurde auch beanfandtet, da es nicht möglich ist, ein Buch auf diesen zu legen und daraus etwas abzulesen. Der neue Abfchneider am hinteren Teil wurde sehr begrüßt; es wurde gewünscht, daß die Berufsangehörigkeit sich hierfür interessiert, da durch das Festen dieser Vorrichtung schon viele Unfälle möglich waren. Herr N i e t z e l gab uns zum Schluss das Versprechen, daß er die Anregungen der Kollegen weiterleiten wird, und hoffte, daß unser Mühen erfüllt werden können. Betreffs eines einheitlichen Stuhls teilte uns Herr Stengert als Vertreter der Maschinenfabrik mit, daß diese schon Verhandlungen mit einer Firma wegen des Stuhls getroffen hat, und dann beim Kauf der Maschine dem Käufer gleich den richtigen Stuhl zu empfehlen. Unter „Verfchiebendem“, gab der Vorsitzende bekannt, daß im Januar 1933 ein gemütlicher Abend stattfindet, um unsere Jubilare, die 25 Jahre der Sparte angehören, zu ehren.

Lübwigshafen a. Rh. Unsere Versammlung am 4. November war sehr gut besucht. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen wurde ein Kollege aus der Lehrerschaft in die Mutterorganisation übernommen. Dann wurde der Ausschluß von drei Mitgliedern unter Angabe der Gründe durch den Vorsitzenden vollzogen. Den Rassenbericht vom zweiten und dritten Quartal gab Kollege G e l g e r, es wurde ihm Entlastung erteilt. Beim Punkt „Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Druckereien“ beleuchtete Kollege W i c h e l die in verschiedenen kleineren Betrieben bestehenden unartfälligen Verhältnisse, die nach Eingreifen des Vorstandes zum großen Teil beseitigt wurden. Leider muß gesagt werden, daß unser Mitglieder nicht immer den richtigen Weg finden, wenn es gilt, bestehende Mißverhältnisse abzuklären. Unter „Verfchiebendem“ bildete die von einem Kollegen beanstandete Veröffentlichung der Restanten den Gegenstand einer lebhaften Aussprache. Dabei wurde festgestellt, daß es vormiege Kollegen sind, die bis vor kurzer Zeit in Vollarbeit standen oder heute noch stehen. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten fand die gut verkaufene Verammlung ihren Abschluß.

München. (S a n d s e h e r.) Unser Anlauf der für die Zeit vom 10. bis 15. Oktober von der Zentralkommission der Handfeger Deutschlands angelegten Werbeweche wurde durch den Vorsitzenden der Mitgliederschaft München, Kollege S ö l d n e r, am 14. Oktober eine allgemeine S a n d s e h e r v e r s a m m l u n g einberufen. Leider wurde er nicht der erwünschte Besuch zuteil. G a u w o r f e h e r D ö h l i n g gab in seinem Vortrag: „Handfegerpartei und Verband“ ein Bild über die Arbeitsverhältnisse unsers Gewerbes aus dem 16. Jahrhundert, wobei er auch an verschiedenen Beispielen das Verhältnis des Lohns zum Kaufwert schilderte. Auch über das Lehrlingswesen sowie die ersten Anfänge einer Verbesserung der Lage der Buchdruckergehilfen in der folgenden Zeit machte der Referent interessante Ausführungen. Erfolge und Mißschlage wochselten im Lauf der Jahrzehnte bis zur Gründung des Verbandes im Jahr 1866. Hier wurden die Grundpfeiler für eine Besserstellung der Gehilfen im Buchdruckgewerbe gelegt und für die Einführung der Alfaberechnung geschaffen. Aber die nun folgende Entwicklung innerhalb unsers Verbandes berichtete der Referent in ausführlicher Weise und kam dann zum zweiten Teil seiner Ausführungen: „Stellungnahme zu den Sparten und die Einstellung des Verbandes hierzu“. Ausgehend vom Verbandstag in Köln 1908, wo über die damals bestehenden Sparten bzw. ihre Aufgaben innerhalb des Verbandes eine ausgiebige Debatte gepflogen wurde (von den Handfegern war damals noch kein Anteil hierzu vorhanden), berichtete der Redner über die folgenden Verbandstage, die sich mit der Zulassung der Handfegerpartei beschäftigten. Erst der 14. Verbandstag im Jahr 1929 in Frankfurt a. M. kam zu dem Beschluß: „Die Handfegerpartei ist auszulassen“. Damit war der lange Streit endlich

beholden. Die weiteren Ausführungen des Referenten beschäftigten sich mit der Lage der Handfeger im Beruf, wobei er auch über das Verhältnis der Arbeitslosigkeit bei den Sparten zu sprechen kam. Auf das Berechnen und „Berechnen im Gewissens“ sowie auf die Anlage A des Tarifs ging er näher ein, wobei er besonders die mangelnde Kenntnis dieses Teils des Tarifs seitens der Handfeger kritisierte. Die bisherigen Zustände bei Maschinenlehren und Korrektoren müßten bestehen bleiben, da deren Kürzung auch für die Handfeger keinen Vorteil bringen würde. Zum Schluss seiner Ausführungen verlies Kollege D ö h l i n g auf das Verbeizückular der Handfeger und ermahnte die Kollegen, Einigkeit und Geschlossenheit zu bewahren. In der Aussprache nahm zunächst Kollege K u m p o l als Vorsitzender der hiesigen Handfegervereinsung das Wort. Er bemängelte, daß der Referent nicht näher auf das Ausdringende der Sparte eingegangen sei. Er nahm nun hierzu in längerer Ausführungen Stellung und bedauerte, daß von den Handfegerkollegen hierfür leider noch nicht überall das notwendige Verständnis aufgebracht wurde. Aus verschiedenen Vorfällen im Reich und Urteilen am Arbeitsgericht sei zu ersehen, daß bei größerem Interesse der Kollegen wohl in jeder Hinsicht Vorteile für die Handfeger zu erzielen wären. Er forderte die Kollegen auf, die Spartenverammlungen zu besuchen und etwaige Vorkommnisse in den Betrieben hier zur Sprache zu bringen, damit der Sache auch mit Erfolg nachgegangen werden könne. Weiter nahm er Bezug auf die Arbeitslosigkeit der Handfeger und appellierte an die Anwesenden zur regen Agitation für die Sparte. Kollege S ö f f l vom Erwerbslosenaußschuß richtete an die Verammlung das Ersuchen, die Arbeitslosen in jeder Hinsicht zu unterstützen, um schädigenden Erscheinungen für die Gesamtheit vorzubeugen. Kollege S a u g i n g auf die Bearbeitung des Maschinenlages näher ein und bemerkte, daß hier dem Handfeger allerhand zugemutet werde, dessen Leistungen aber hierfür in lohnlicher Hinsicht keine Berücksichtigung fänden. Vorsitzender S ö l d n e r nahm hierauf noch zur Spartenfrage im allgemeinen Stellung und äußerte sich über Zweck und Berechtigung der Handfegerpartei, deren Notwendigkeit er jederzeit vertrat, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, ihre engeren Berufsangelegenheiten in ihren eignen Verammlungen zu behandeln. Die Anlage A des Tarifs müsse seitens der Handfeger mehr Beachtung finden, dies könne am besten dadurch geschehen, daß sich die Handfeger ihrer Sparte anschließen, um ihnen die nötige Aufklärung in jeder Hinsicht zuteil werde. Es folgte noch die Beprechung einiger örtlicher Angelegenheiten.

Ostend a. M. In unser Bezirksversammlung am 31. Oktober referierte Herr cand. phil. R t z u r B r a t u über das Thema „Die Arbeiterschaft im Kampf gegen die Sozialreaktion“. Der Referent unterzog die Notverordnungen der Papenregierung einer scharfen Kritik. Schon die erste Notverordnung der „Papenhelmer“ im Juni d. J. brachte der Arbeiterschaft Abbau aller Sozialversicherungen. Des längerer beschäftigte sich der Redner dann mit den September-Notverordnungen. Auch diese haben der Arbeiterschaft schwere Lasten auferlegt, während dem Großgrundbesitz und dem „Internemertum“ Willkürdengestalten in Form von Steuerzuschüssen und Mehrereinstellungsmöglichkeiten gemacht werden. Auch volkswirtschaftlich würden die Papenischen Notverordnungen keinen Erfolg bringen. Von den freien Gewerkschaften müßte diesen ungeheuerlichen Notverordnungen der härteste Widerstand entgegengeleitet werden. Der Vorsitzende P i s c h n e r unterstrich die Ausführungen des Referenten. Die Diskussion bestritten zwei Kollegen, die vom Parlamentarismus keine Befreiung der Lage der Arbeiterschaft erhoffen. Nur eine außerparlamentarische Aktion der gesamten Arbeiterschaft könne eine Besserung bringen. Der Referent ging in seinem Schlusswort auf diese Ausführungen näher ein und forderte zum festen Zusammenhängen in der Organisation auf. Die Wiederaufnahme eines Kollegen erfolgte einstimmig. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit fand die überaus stark besuchte Verammlung ihren Abschluß.

Osabrück. (S a n d s e h e r.) Am 23. Oktober hielten wir nach längerer Sommerpause eine Versammlung ab, die sich durch eine lehrreiche Tagesordnung auszeichnete. Vorsitzender W. T e h e r s bedauerte den mäßigen Besuch, trotzdem jeder arbeitslose Kollege besonders eine schriftliche Einladung zu dieser Veranstaltung erhalten hatte. Unter den geschäftlichen Mitteilungen gab der Vorsitzende u. a. Kenntnis von einem Rundschreiben der Zentralkommission, das sich mit den Handfegerberufsvereinigungen befaßt. Eine Besichtigung des Sophenhauses (Stadtkrankenhaus) sowie der Photoausstellung im Museum erfreuten sich einer zahlreichen Teilnehmerzahl. Für das Winterprogramm ist ein Kalkulationskursus in Aussicht genommen. Die vorliegende Übersetzung vom zweiten Quartal zeigte einen verhältnismäßig günstigen Abschluß und erfuhr keinerlei Bestandung. Aus dem kurzen Bericht des Kassierers R a b e s war zu entnehmen, daß noch immer 48 Mitglieder arbeitslos gemeldet sind, von den in großem Maß in Kurzarbeit stehenden Kollegen ganz abzusehen. 77 Mitglieder gähnte am Ende des zweiten Quartals unsere Vereinigung. Anlässlich gab Kollege R. K e u t e einen Bericht vom dritten niederfachlichen Handfegertreffen in Hameln. Den Höhepunkt des Treffens bildete der vorzüglich aufgebaute Vortrag des Kollegen P i e t s c h (Berlin). Als Ausgangspunkt seiner Betrachtungen schilderte er den guten Verlauf der Verammlungen. Eine vorzüglich zusammengestellte Druckmaschinenrundung von Kollegen W. W e s e m a n n (Wiesbaden) bildete einen besonderen Anziehungspunkt unserer Verammlung. Kollege W. S t i n g h a u s hatte die Beprechung übernommen, und er betonte den Wert und Unwert der einzelnen Arbeiten, die eine Fülle von Gedanken und Anregungen bei den Ergänzungen hinterließen. Nach einer längeren Aussprache über unser Winterprogramm sowie über die vom Ortsverein unter Einziehung sämtlicher Sparten augenblicklich abgehaltenen Kurse für unser Erwerbslosen schloß der Vorsitzende mit einer Ermahnung zum Zusammenhängen die anregend verlaufene Verammlung.

Potsdam. (S a n d s e h e r. — W i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Klein aber gefestigt ist der Kreis der hiesigen Handfeger, der alle Verammlungen besucht. Hier, wo sich die Krise vor den Toren Berlins besonders stark auswirkt, muß die Kollegenschaft um so fester zusammenstehen. Waren

die Versammlungen im ersten und zweiten Quartal mehr mit Vorträgen und Ausprägungen ausgefüllt, so fanden im dritten Quartal nur zwei Veranstaltungen statt. Im August vereinigte die Mitglieder mit ihren Damen die Wanderverammlung in Klein-Glienide in aller Buchdruckeremittlichkeit. Die Oktoberversammlung fand im Zeichen der Werbung für die Handwerkerbewegung. Zwei Kollegen haben ihren Beitritt erklärt. Leider mußte auch Unerfreuliches besprochen werden. Bei der größten Firma wurden im Sommer eine Anzahl Handwerker entlassen und wenige Zeit darauf zwei Maschinen in den Handlag gestellt. Dagegen erhob der Ortsverein Klage, die leider abgelehnt wurde und noch das Reichsschiedsgericht beschäftigen wird. Die Klage richtete sich nicht gegen die beiden Kollegen, sondern gegen die Firma, die jetzt mit schönen Worten ihr soziales Empfinden für das Personal in den Vordergrund stellt. Den Schluß bildete die Mahnung an alle Sparten, sich reger am Verbandsleben zu beteiligen.

O. E. Saarbrücken. (Sardesker.) Im Rahmen der Verbände der Handwerkervereinigungen fand auch hier im Gau Saargebiet am 9. Oktober eine Versammlung in Gledersdorf statt, die leider wegen des schlechten Wetters einen nicht besonders guten Besuch aufzuweisen hatte. Einleitend gedachte der Vorsitzende in warmen Worten eines verstorbenen Kollegen. Unter „Geschäftlichem“ streifte er die von der Zentralkommission durchgeführte Werbung. Er führte u. a. aus, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, unter den noch in den Betrieben absetzenden Kollegen für die Sparte zu werben. Auch gebiete das Solidaritätsgefühl jedem Handwerker, sich an die Seite seiner Spartenkollegen zu stellen und mit ihnen gemeinsam für die Förderung der besonderen Berufsinteressen einzutreten. Die Handwerker nehmen gegenüber den anderen Sparten den schlechtesten Platz ein. Wir können und müssen helfen, bei solchen Zusammenkünften weiterhin die Anlage A des Tariffs auszubauen. Der Zusammenfluß aller Handwerker in der Sparte sei eine dringende Notwendigkeit, um ersprießliche Arbeit zu leisten. Anschließend gab Kollege Beder als Kassier den Kassenericht. Dasselbe wurde einstimmig erteilt. Zum nächsten Tagesordnungspunkt referierte Kollege Storch über das Thema „Zweck und Ziele der Handwerkerpartei“. Ausgehend von den Aufgaben der Gewerkschaften im allgemeinen, behandelte der Referent speziell die Einrichtung und die Gliederung unseres Verbandes, dabei die prozentuale Stärke der bestehenden Sparten im Verhältnis zur Mitgliederzahl beleuchtend. In die Reihe der Sparten gliedert sich als letzte die Handwerkerpartei, die auf dem letzten Verbandstag in Frankfurt a. M. einstimmig anerkannt wurde. Zu weiteren Ausführungen behandelte er die Stellungnahme der Handwerkerpartei zu den übrigen Sparten und zu dem Bildungsverband, dabei auch auf die Ertrugenschaften der Sparten überhaupt eingehend. Die Handwerkerpartei, als jüngste im Verband, hat seit ihrem Bestehen schon des öfteren ihre Existenzberechtigung bewiesen. Die Handwerker, die früher 75 Proz. der Verbandsmitglieder ausmachten, sind auf 47 Proz. zurückgedrängt worden. Sie sind am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Hauptaufgabe der Sparte sei es, der Anlage A des Tarifs mehr als bisher Bedeutung zu schenken. Kenntnis der Anlage sei Pflicht eines jeden Kollegen. Diesem Zweck diene auch die heutige Werbepflichtsammlung, die eine Mahnung an alle der Sparte noch fernstehenden Handwerker sein soll, unverzüglich die Mitgliedschaft zu erwerben. Die vortrefflichsten Ausführungen wurden von den Anwesenden mit Beifall belohnt. Nach kurzer Pause referierte Kollege L. Stuber über die Selbstmaschinen. „Von Kaltenbein bis Uher“. Im Stand von verschiedenem Anschauungsmaterial führte er die Hörer in das Thema ein. Die äußerst reichhaltigen Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Interesse verfolgt und reichlicher Beifall belohnte den Referenten. Kollege Storch sprach im Namen der Versammlung dem Referenten für seine Mühe den Dank aus. Auch an dieser Stelle sei ihm nochmals herzlich gedankt. Mit dem Appell an die Anwesenden, weiter zu werben und die noch fernstehenden Kollegen der Sparte zuzuführen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

g. Schleswig. Die Verbände der Handwerkerpartei, die allenthalben im Reich abgefallen sind, liegt hinter uns. „Gehst in die Versammlungen, laßt euch unterrichten und aufklären über die Arbeit der Sparte, die Arbeit für die Gesamtorganisation ist!“ Willentlich hat diese Aufforderung noch manchen Kollegen veranlaßt, die Versammlung am 29. Oktober zu besuchen. Der Versammlungsbefehl war gegenüber den letzten Monaten verhältnismäßig gut. Das Hauptreferat des Abends hatte Kollege Schack (Kiel), Vorsitzender der ersten Handwerkervereinigung und der Gewerkschaft Schleswig-Holstein, übernommen. Das Thema hieß: „Gegenwartsfragen der Handwerker“. Angenehm berührte es, daß der Referent als Zweck und Ziel der Handwerkerpartei nicht — wie man vor nunmehr gut zwei Jahren hier am Ort den Eindruck gewinnen konnte — die Erreichung materieller Vorteile auf Kosten anderer Sparten oder gar den Kampf gegen diese Sparten herausstellte, sondern neben dem beruflichen und sozialistischen Widerstand gegen den überhöhten Bedarf die gleichberechtigte Eingliederung in unsere große Berufsorganisation voranstellte, um damit Einkünfte und Stärkung des Verbandes und somit Kampffähigkeit und Stöckkraft in noch bevorstehenden schweren Zeiten zum Nutzen aller zu erzielen. Ein Teil der Aufgaben, die der Verband seinen Mitgliedern gegenüber zu erfüllen hat, fällt der Handwerkerpartei zu. Nur dann, wenn für alle Berufsgenossen Arbeits- und Lohnverhältnisse wieder bessere geworden sind, wird auch der einzelne wieder fester im Lebenskampf stehen. Darum müsse das Bewußtsein zur Tat und zum Zusammenfluß auch aller Handwerker führen. Verlässlichkeit und gewerkschaftlicher Aufbau und Fortschritt für den Verband! Das sei heute die Lösung für jeden Handwerker. Das war das Leitmotiv der gut bewanderten Ausführungen des sympatischen Referenten, denen zu wünschen wäre, daß sie überzeugt oder zumindest doch zum Nachdenken angeregt hätten. Erst allmählich konnte ansichend eine Aussprache in die Wege gefleht werden. Großer Optimismus kam darin nicht gerade zum Ausdruck. Zu verstehen ist das, wenn man das Flusto und das sanftliche Sinnübergelien in ein besseres Jenichts anlässlich der Gründung einer Handwerkerpartei hier am Ort vor zwei-einhalb Jahren sich vergegenwärtigt. Wenn schon, dann gilt es, diese Schwärze wieder auszumergen. Schließlich er-

klärten sich die Kollegen Andrej und Kohnenberg bereit, die Vorarbeiten für eine eventuelle Ortsgruppen-gründung zu übernehmen. Ein entscheidender und wichtiger Punkt war dann der, Ausschluß eines Kollegen nach 10a, b, e und § 11. Der Vorsitzende schiederte eingehend den Verlauf der Affäre und stellte zum Schluß den Antrag des gelassenen Vorstandes, den Betreffenden wegen solch-unwürdigen und distanzlofen Verhaltens auszuschließen, um die Autorität des Vorstandes und des Ortsvereins und damit des Verbandes überhaupt unter allen Umständen zu wahren. Das Ergebnis der geheimen Abstimmung lautete reiflos für Ausschluß; lediglich zwei Stimmenthaltungen waren zu verzeichnen. Der Kassenericht, vom Finanzminister Andrej in Rede, verzeichnete gegenüber der letzten Zeit eine leichte Erholung. Die erste Sammlung der Weihnachtseinkünfte für unrechtslose und invalide Kollegen erbrachte trotz der widrigen Verhältnisse ein gutes Ergebnis. Den Bericht vom Ortsausschuß erstattete Kollege G. Pötters.

Allgemeine Rundschau

Weiterprüfungen. Im Handwerksammerbezirk Berlin bestanden folgende Kollegen die Weiterprüfung: Walter Derbau, Wolfgang Grümacher, Erich Hanff, Hermann Lindner. Vier Prüflinge traten während der Prüfung zurück, vier Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden.

Vom Zeitungskriegsplatz. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die sozialdemokratischen Tageszeitungen „Volkzeitung“ in Düsseldorf, „Volkswacht“ in Essen, „Freie Presse“ in Wuppertal, „Volkstimme“ in Duisburg-Hamborn und „Rheinische Zeitung“ in Köln nicht ihren Kopfschlägen wegen angeblich grober Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung des stellvertretenden Reichskommissars für Preußen, Dr. Braß, auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Aus den gleichen Gründen sind die „Freie Presse“ in Krefeld-Neudorf und die „Rheinische Warte“ in Koblenz auf die Dauer von drei Tagen verboten worden. Nachträglich wurde auch noch die „Freie Presse“ in Aachen verboten. Durch Verhandlungen mit der Polizeibehörde in Koblenz, die der dortigen Parteidrucker den Druck der nicht verbotenen „Volkswacht“ und des „Majethoten“ in Oberstein unterlag hatte, gelang es, den Druck dieser Zeitungen wieder freizubekommen.

Eine besondere Leistung der Bildergilde Gutenberg. In den beiden vergangenen Jahren brachte die Bildergilde Gutenberg zu Weihnachten einen großen Roman zum Vorzugspreis von 1,75 M. heraus. Diese Leistung, die jedesmal berechtigtes Interesse fand, wird diesmal noch übertroffen: Zu Weihnachten 1932 erscheint bei der Bildergilde Gutenberg der Roman „Die Scholle“ von Jbanz zum Vorzugspreis von 1,60 M. Dabei ist das Werk besonders reich und schön illustriert, und zwar nach Zeichnungen des spanischen Malers José Benlirue. Der inhaltlich fesselnde und vorzüglich ausgestattete Roman „Die Scholle“ eignet sich sehr gut zu Geschenkwetzen. Die Bildergilde gibt deshalb das Buch in beifolgender Exemplar zum Vorzugspreis ab. Der Vorzugspreis gilt nur bis 31. Januar 1933. Vom nächsten Tag an erscheint das Werk in der 2,70-M.-Reihe. Es lohnt sich also, das Buch jetzt zu bestellen; es lohnt sich auch, Mitglieder der Bildergilde Gutenberg zu sein. Auskunft und Prospekte auf Verlangen von den Vertrauensleuten der Bildergilde Gutenberg oder von der Zentrale in Berlin SW 61, Dreilindstraße 6.

Die deutsche Buchproduktion im Jahr 1932. Nach der von der Deutschen Bücherlei in Leipzig bearbeiteten „Deutschen Nationalbibliographie“, die sowohl die Erscheinungen des Buchhandels wie die außerhalb des Buchhandels herriedend sind, sind in der Zeit von Januar bis Oktober dieses Jahres, also in zehn Monaten, insgesamt 29.804 Neuerscheinungen, gegenüber 36.108 in der gleichen Zeit des Vorjahres, angezeigt worden, was einen Rückgang der Gesamtproduktion um 4,1 Proz. bedeutet. Der Rückgang ist für die Erscheinungen des Buchhandels größer, nämlich 15,3 Proz., während die Erscheinungen außerhalb des Buchhandels gegenüber dem Vorjahr bemerkenswerterweise sogar eine Vermehrung, und zwar um 15,8 Proz., aufweisen. Bei Berücksichtigung beider Gruppen ergibt sich für das gesamte deutsche Schrifttum der angegebene Rückgang von rund 4 Proz.

Wozu Bücher kauft das Reich? Die Klagen des deutschen Buchhandels über den Abbau der Kulturkretes des Reichs, der Länder und der Gemeinden sind nicht ausschließlich als geschäftliche Stoßseufzer zu werten, sondern man wird ihnen vom kulturellen Standpunkt aus ein aufmerksames Ohr schenken müssen. Es ist wahrhaftig nicht gleichgültig, wozu der Staat oder die von ihm stark abhängige Kommune für Bildungsmittel ausgibt. Die Auswirkung auf das geistige Niveau eines Volkes hängt sehr stark davon ab, inwieweit eine amtliche Förderung geistiger Regsamkeit und des Bildungswillens der verschiedenen Volksschichten erfolgt. Wir streben über den unwürdigen Zustand hinaus, daß nur eine privilegierte Oberschicht Anrecht auf Erwerb und Genuß von Kulturgütern behält. Die im Volk wachsenden und von ihm selbst geschaffenen Kulturorganisationen leisten wertvollste Arbeit; aber alles, was ihnen als Gegenwärtigkeit vorwirft, können sie ohne verständnisvolle Unterstützung durch die öffentliche Hand auch nicht durchziehen. So liegt denn nach wie vor das Schwerkewicht in Kulturfragen bei der Bewilligungsfreudigkeit der Volkstretter oder — für den höheren Ausschluß — bei den Regierungen, die über die verschiedenen Ausgaben beschließen. Die Lage in den Volkshilfereien und in den wissenschaftlichen Bibliotheken ist bereits katastrophal geworden. In Neuanstaltungen fehlt fast völlig das Geld. Viele Volkshilfereien können kaum die nötigen Verwaltungsausgaben aufbringen. Dabei herrscht jetzt ein Andrang zu diesen wichtigen Bildungsinstituten wie noch nie zuvor. Tausende von Erwerbslosen vertiefen sich in die Literatur, um nicht nur über die Sorgen hinwegzukommen, sondern auch ein besseres Rütteln zum Kampf um tägliche Brot zu suchen. Zweifellos sind das kulturell hoch zu schätzende Zeiterfahrungen, denen eine hohe Regierung mit größter Hilfsbereitschaft Förderung verleihen müßte. Aber an Ausgaben hierfür wird leider unerhört

gespart. Die Reichssubventionen flecken — wie bekannt — in andre Lager. Die Frage ist gewiß nicht unerheblich, wozu das Reich für Bücheranschaffungen zugunsten der Verbändereien überhaupt ausgibt. Im Jahr 1924 waren hierfür im Reichsstat 1.619 Mill. M. ausgelegt; die Summe stieg auf 2.597 Mill. M. im Jahr 1930, 1931 wurden nur 2.412 Mill. M. und 1932 gar nur noch 2.121 Mill. M. bewilligt. Innerhalb der zwei Jahre konservativ-autoritärer Regierungsweise sanken die Ausgaben für Bücher um 470.000 M.! Überlegen wir uns, daß der Gesamtat des Deutschen Reiches seit 1924 zwischen 8 bis 12 Milliarden betrug, so sehen wir erst, wie wenig das Reich für das Bücherwesen bisher — auch im besten Jahr — überhaupt ausgegeben hat. Kommt nach der Regierung Papen ein „Kulturkreis“ ans Ruder, so dürfte an Ausgaben für Bücher vielleicht noch rückwärtsgegangene eingeparkt und dafür „aufbauwilligen Kräften“ oder „wollenden“ Kapitalisten noch mehr Subventionen zugestrahlt werden. Und diese Herrschaften laufen außer der Bibel, dem Kochbuch und dem Gezierreglement sicher keine Bücher mit geistigen Gepräge.

Wiederanklagen der Erwerbslosigkeit. Nach der vorübergehenden Besserung des Arbeitsmarktes in den beiden vergangenen Monaten ist in der ersten Novemberhälfte bereits ein schwerer Rückschlag eingetreten. Wie die Reichsanstalt meldet, stieg in der Zeit vom 1. bis 15. November die Zahl der bei den Arbeitsämtern angemeldeten Arbeitslosen von 5.109.000 auf 6.265.000 Personen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit beträgt also 166.000 Personen.

Keine Währungsreform ohne Kaufkraftstärkung. Die Lohn- und Kaufkrafttheorie, wie sie von Anfang an von den Gewerkschaften mit Logik und Konsequenz vertreten worden ist, setzt sich tagtäglich mehr durch. Eine Währungsreform in der Konsumindustrie ist auf die Dauer unmöglich, wenn nicht in gleicher Weise eine Währungsreform durch Kaufkraftstärkung eintritt. Immer mehr Leute werden von dieser Tatsache überzeugt. Zum Beweis dafür legen hier wieder einige Stimmen aus dem bürgerlichen Lager angeführt. Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien schreibt zum Schluß eines Aufsatzes über die deutsche Brauereindustrie: „Die Massenkaufkraft ist derartig geschwächt und die Bedarfsdeckung auf vielen Gebieten so in Mitleidenschaft gezogen, daß erst eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wieder wesentliche Mittel für eine Steigerung des Biergenusses frei werden.“ Das Institut für Wirtschaftsbeobachtung an der Handelshochschule Münster veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Markt der Fertigung“ eine Untersuchung über die Auswirkungen des Papenplans. Aber die Möglichkeit der Währungsreform wird folgendermaßen festgestellt: „Die Lohnentkommen steigen nicht in gleichem Maß wie die Produktion, so daß hierdurch ein gewisses Mißverhältnis zwischen Mehrzeugung und Kaufkraftzunahme zu entstehen droht. Die starke Senkung der individuellen Lohnentkommen muß zu einer weiteren Bedarfsverengung zuwinken des dringenden Bedarfs und der unteren Qualitäten führen.“ Das Vorstandsmitglied der Reichskreditgesellschaft, Dr. Fischer, führte in einem Vortrag vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über die Ziele der Währungspolitik u. a. aus: „Die Aufgabe der deutschen Währung wird auf dem Gebiet der Qualitätsarbeit liegen, für die die Waise „gut und nicht teuer“ maßgebend sein muß. Das heißt selbstverständlich auch Qualitätsarbeit voraus, die Deutschland sich nur bei einem auskömmlichen Einkommen des Arbeiters erhalten kann. Nur, wenn die Kaufkraft der großen Masse gesteigert wird, kann auch die Agrarpolitik einen wirksamen Erfolg haben.“ Diesen erfreulichen Erkenntnissen braucht unternichts hinzugefügt zu werden.

Der Reichswirtschaftsminister für Kreditausweitung. Dr. Warmbold, der bisherige Reichswirtschaftsminister, verbreitete sich dieser Tage im Rahmen eines Vortrages in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über die Lage der deutschen Wirtschaft. Folgende Gesichtspunkte aus den Ausführungen Warmbolds sind bemerkenswert: Weisheit der Welthandel gedroht wird, erlebte man daraus, daß von der deutschen Währung 65 Proz. handelspolitischen Widerständen ausgelegt sind. Deutschland vermag sich nicht durch autarkische Pläne von der Weltwirtschaft abzutrennen. Der Landwirtschaft ist durch die Autarkie nicht zu helfen. Wenn die landwirtschaftliche Produktion erst einmal den eigenen Bedarf erreicht oder gar übersteigt, verlieren in demselben Augenblick Zölle und Sperrungsmassnahmen ihre Wirkung auf das Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte. Die Preise werden dann lediglich durch die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung bestimmt. Ist bis zu diesem Augenblick der völligen Selbstversorgung die Landwirtschaft nicht so weit gediehen, daß sie durch Kostensenkung die Preise ihrer Erzeugnisse der Kaufkraft der städtischen Bevölkerung anpassen kann, so muß sie einer neuen schweren Krise verfallen. Der Satz „Gut der Bauer Geld, hats die ganze Welt“ muß sein Gegenstück in dem Spruch des Dichters finden: „Gedehlt die Industrie, ernährt sie Mensch und Vieh.“ Während die Landwirtschaft ihre Produktion vermehrt hat, hat sich die industrielle Werteproduktion von 1928 bis 1931 um rund 40 Proz. vermindert. Der Verlust an Kaufkraft um etwa 15 Milliarden Mark ist mit einem Verlust an Erträgen von 3 bis 4 Milliarden Mark auf die Landwirtschaft zurückzuführen. Da die Landwirtschaft noch etwa 20 Proz. der industriellen Produktion abnimmt, ist für den industriellen Absatz neben der öffentlichen Hand vor allem die Industrie selbst und das Ausland entscheidend. Wir sind derartig und nach den gegebenen Verhältnissen sogar verpflichtet, unsere Kreditpolitik im Innern so einzurichten, daß jede Arbeitsmöglichkeit durch Banken und Kassenbank finanziert wird. Genügend Kredit sind an den Anfang des Produktionsprozesses und nicht nur an sein Ende zu stellen. Eine Politik allgemeiner Preiserhöhung und Lohnsenkungen wäre verfehlt.

Zunahme des deutschen Außenhandels. Die letzte Belegung des deutschen Außenhandels, die bereits im September zu verzeichnen war, hat sich im Oktober sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr fortgesetzt. Die Einfuhr stieg wertmäßig von 360,2 auf 398,2 Millionen und die Ausfuhr von 443,8 auf 481,7 Mill. M. Die gleiche Steigerung auf der Einfuhr und Ausfuhrseite hat den Exportüberschuß mit 38,5 gegen 33,6 Mill. M. im vorhergehenden Monat, stabil gelassen. In den letzten drei Monaten, August bis Oktober, ist die Einfuhr von 331,5 auf 398,2 Mill. M.,

